

Antrag

der Abgeordneten Petr Bystron, Tino Chrupalla, Markus Frohnmaier, Dr. Alexander Gauland, Stefan Keuter, Steffen Kotré, Matthias Moosdorf, Eugen Schmidt, René Springer, Joachim Wundrak, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Globale Infrastruktur im deutschen Interesse einrichten – Global-Gateway-Initiative der Europäischen Union durch neue Strategie gestalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am Ende des Jahres 2021 stellte die EU-Kommission die neue Initiative Global Gateway (im Folgenden: GG) vor, die auf die weltweite Entwicklung in den Bereichen der Digitalisierung, Bildung, Energie, Transport und Gesundheit abzielt. Im Vergleich zu der letzten Initiative „EU-Asien-Konnektivitätsstrategie“ ist GG ehrgeiziger: Die Initiative umfasst nicht nur vielfältigere Themen, sondern soll auch erheblich mehr Partnerstaaten ansprechen; zum primären Adressatenkreis gehören Länder in Afrika, Lateinamerika und Asien. (vgl. www.gtai.de/de/trade/eu/specials/europas-konnektivitaetsstrategie-heisst-global-gateway-599692#toc-anchor--7). Die EU bemüht sich, im transeuropäischen Umfeld mit der chinesischen Infrastruktur „Belt and Road Initiative“ (BRI) zu konkurrieren und ihren weltweiten Einfluss durch entsprechende eigene Initiativen zu stärken.

Die GG-Initiative hat den Anspruch, bei der Durchführung von Projekten insbesondere auf die Einhaltung der von der EU vorgegebenen Werte und die Umsetzung höchster Sozial- und Umweltstandards zu achten (vgl. https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/stronger-europe-world/global-gateway_de). Eine zu starke Fokussierung hierauf führt nach Auffassung der Antragsteller jedoch regelmäßig zu einer Überforderung der Partnerstaaten, da diese schlicht andere gesellschaftliche, ökonomische und parlamentarische Traditionen besitzen.

Die Standards der EU entsprechen nicht immer den Entwicklungsbedürfnissen der Partnerländer. Laut einer Studie der Friedrich-Naumann-Stiftung sind chinesische Geldgeber bei lokalen Entscheidungsträgern sehr beliebt, da sie Projekte schnell und unkompliziert planen und umsetzen, ohne sich wie die westlichen Länder so stark in die inneren Angelegenheiten der Partnerländer politisch einzumischen (vgl. www.capital.de/wirtschaft-politik/geopolitik--haben-wir-suedafrika-an-china-verloren--33080936.html?utm_medium=standard&utm_source=rss).

Ebenso zieht die Einhaltung hoher Standards im westlichen Sinne höhere Anlaufkosten und längere Umsetzungszeiten nach sich.

Bislang hat die GG-Initiative keinen nennenswerten Erfolg. Die EU gab im Juni 2022 bei den European Development Days einen breiten Überblick über die GG-Initiative, konnte dabei „jedoch kaum [über konkrete Projekte] berichten. Auch wenn der Startschuss schon gefallen ist, nimmt die Planung nur langsam Fahrt auf“ (vgl. www.gtai.de/de/trade/eu/specials/europas-konnektivitaetsstrategie-heisst-global-gateway-599692#toc-anchor--7). Problemlösungen, die bei der „EU-Asien-Konnektivitätsstrategie gefunden werden konnten, finden im Rahmen von GG keine Berücksichtigung.

Die EU ist der weltweit größte Geber öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA), das Gesamtvolumen belief sich im Jahr 2019 auf 75,2 Mrd. EUR, was 55 % der weltweiten Hilfe entspricht (https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_674). Zwischen 2013 und 2018 beträgt die europäische ODA-Leistung in Form von Zuschüssen ca. 414 Mrd. EUR. Dies ist etwa vergleichbar mit dem, was China an Darlehen für BRI-Projekte international vergeben hat (434 Mrd. EUR) (vgl. www.eeas.europa.eu/delegations/india/eu-approach-indo-pacific-speech-high-representativevice-president-josep-borrell_en). Zwischen den Jahren 2021 und 2027 will die EU für die GG-Initiative weitere 300 Mrd. EUR mobilisieren (vgl. https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/stronger-europe-world/global-gateway_de). Da Deutschland der größte Nettozahler des EU-Haushalts ist, liegt es im deutschen Interesse, eine transparente und effektive Investitionsstrategie einzufordern, die die geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands berücksichtigt.

Die Bundesregierung hat der Europäischen Kommission im vergangenen Oktober eine Vorschlagliste mit insgesamt 20 Investitionsprojekten vorgelegt, die die EU-Kommission in erster Linie im Rahmen der GG-Initiative in diese Projekte investieren soll. Nach Auffassung des Bundestages mangelt es dieser Liste an Innovationskraft und strategischer Sensibilität. Die außenwirtschaftlichen und geopolitischen Interessen Deutschlands werden auch nicht berücksichtigt. Beispielweise ist das Mega-Solar-Projekt in Südafrika eine Initiative, bei der die US-amerikanische Regierung die entscheidenden Akzente setzt (vgl. <https://powerafrica.medium.com/major-milestone-agreement-reached-for-mega-solar-in-southern-africa-b9b419429944>). Die US-Regierung weist gegenüber den afrikanischen Partnerländern nachdrücklich auf ihren Beitrag an diesem Projekt hin. Abgesehen von der Rolle als Geldgeber stellt sich die Frage, ob die EU bei diesem Projekt eine bedeutende Rolle spielen wird.

Das Projekt „Accra Sky Train“ sei nach Aussagen des ghanaischen Ministers für Eisenbahnentwicklung auch wenig erfolgversprechend, da es nicht in kurzer Zeit realisiert werden könne, zu teuer sei und Ghana bei der Infrastrukturentwicklung andere Bedürfnisse habe und daher andere Prioritäten setze (vgl. <https://qz.com/africa/2094653/ghanas-2-6-billion-skytrain-project-isnt-happening-after-all>). Auch das Projekt „Pan Asia Railway Network“, eines der Vorzeigeprojekte der BRI im Bereich der Verkehrsentwicklung verspricht den EU-Ländern wenig Erfolg; an ihm nehmen keine EU-Mitgliedstaaten teil, geopolitische und wirtschaftliche Interessen der EU-Länder können hier nicht einmal artikuliert werden.

Die Bundesregierung stellt bei Partnerschaftsprojekten ihre eigenen Wünsche und Vorstellungen in den Vordergrund. So sind mehr als die Hälfte der Vorhaben auf der Liste der Energieprojekte vornehmlich im Bereich der Erneuerbaren Energien und der Herstellung von Grünem Wasserstoff. De Facto sind nicht alle Partnerstaaten bereit, in ihren nationalen Politiken der Energiewende diese Priorität einzuräumen. Auf dem letzten EU-Afrika-Gipfel im Jahr 2022 hat der senegalesische Präsident, Macky Sall, deutlich betont, dass Afrika den Ausbau seiner fossilen Energieträger nicht aufgeben wird (vgl. <https://african.business/2022/02/trade-investment/will-eu-au-summit-reshape-europe-africa-relations/>).

Der Vorschlag der Bundesregierung, die Beteiligung von Privatkapital im Rahmen von GG durch klare Kriterien und Verfahren zu regeln, reicht jedoch nicht aus. Für Privat-

investoren ist es wichtig, über verlässliche Informationen bezüglich des aktuellen Investitionsklimas, der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie der Prognose zu Wachstumspotenzialen der Partnerländer zu verfügen. Laut einem Bericht von African Financials steigerten die international börsennotierten Unternehmen aus Subsahara-Afrika ihre Gewinne in der ersten Jahreshälfte 2022 um durchschnittlich 22 Prozent auf 526 Mio. USD (521 Mio. EUR). Diese wichtige Botschaft, dass Afrika die derzeitige globale Wirtschaftskrise recht gut übersteht, wird von europäischen Investoren offensichtlich nicht wahrgenommen. Die europäischen Medien neigen dazu, Nahrungsmittelknappheit und Schuldenkrisen in Afrika in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung zu stellen, anstatt über die komplexen Wirtschaftsdaten differenziert zu berichten (vgl. www.linkedin.com/pulse/biggest-problem-facing-african-stock-markets-africa-partners-gmbh/?trackingId=p3trecdKQxuNflexmewVHg%3D%3D).

Insgesamt ist die von der Bundesregierung vorgeschlagene Beteiligung Deutschlands und der EU an den genannten Projekten der GG-Initiative inhaltlich nicht schlüssig und strategisch inkohärent. Die Fraktion der AfD lehnt die Vorschläge der Bundesregierung und die Orientierung der GG-Initiative grundsätzlich ab. Da bisherige Programme nicht zu einem wirtschaftlichen und geopolitischen Erfolg geführt haben und auch die GG-Initiative mehr dazu dient, die von der EU-Kommission propagierten „Werte“ in andere Staaten transferieren zu wollen, auch wenn dies nicht gewünscht ist und nicht den lokalen Umständen und politischer Willen des jeweiligen Landes entspricht.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die der EU im Oktober 2022 vorgelegte Liste mit Investitionsprojekten zurückzuziehen;
2. unter Federführung des Auswärtigen Amtes eine ressortübergreifende und kohärente Investitionsstrategie bezüglich der deutschen Beteiligung an der EU-Initiative zu entwickeln und bei der Erarbeitung der neuen Strategie die außenwirtschaftlichen und geopolitischen Interessen Deutschlands zu formulieren und vorrangig zu berücksichtigen;
3. von politisch-ideologisch motivierter Bevormundung der Partner abzusehen, die vor Ort historisch gewachsenen kulturellen und sozialen Gegebenheiten zu respektieren und daher sicherzustellen, dass die umzusetzenden Projekte realen lokalen Gegebenheiten und Bedürfnissen entsprechen sowie wirtschaftlich pragmatisch und strategisch konsistent sind;
4. auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, die Investitionsstrategie der EU interessensgerecht und mit Fokus auf die geopolitischen, wirtschaftlichen und industriellen Interessen der Mitgliedstaaten auszugestalten;
5. darauf hinzuwirken, die EU-Initiative primär darauf auszurichten, entsprechend attraktive Angebote für deutsche Unternehmen und eventuelle Investoren anzubieten;
6. grundsätzlich die Wahrung der geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands im Rahmen der EU-Initiative, der US-Initiative Build Back Better World (B3W), der Neuen Seidenstraße (BRI), dem Asia-Africa Growth Corridor (AAGC) und der anderen internationalen Infrastrukturinitiativen zu beachten;
7. bei umzusetzenden Projekten jegliche Form von Paternalismus abzulegen und darauf hinwirken, dass Investitionen insbesondere im Energiesektor den tatsächlichen Bedürfnissen und lokalen Erfordernissen der Partnerländer entsprechen, anstatt sich bei der Projektierung und Ausführung überwiegend von ideologischen Erwägungen leiten zu lassen;

8. auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass bei der Umsetzung der Vorhaben im Rahmen der EU-Initiative angepasste und realisierbare Anforderungen im Bereich von Menschen-, Sozial- und Umweltrechten an die Partnerstaaten gestellt werden.

Berlin, den 25. September 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion